

## Protokoll

über die **Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz** in der Wahlperiode 2016/2021 am **Montag, dem 28.10.2019, um 18:00 Uhr**, im Mehrzwecksaal des Rathauses in Edeweicht.

Teilnehmer:

### Vorsitzende

Kirsten Meyer-Oltmer

Vertreterin für Herrn Kai Hinrich Bischoff

### Mitglieder des Ausschusses

Dirk von Aschwege

Wolfgang Diedrich

Elke Garlichs-Kappmeier

als Vertreterin für Frau Kirsten Meyer-Oltmer

Stefan von Aschwege

Vertreter für Herrn Uwe Hilgen

Dr. Hans Fittje

Freia Taeger

Vertreterin für Herrn Roland Jacobs

Hergen Erhardt

Ralf Andre Krallmann

### Grundmandatar

Thomas Apitzsch

### Von der Verwaltung

Petra Lausch

Bürgermeisterin (BMin) bis TOP 9

Tanja Behrens

Verwaltungsfachwirtin Bauverwaltung (Vfw)

Vanessa Kauf

Öffentlichkeitsarbeit

Reiner Knorr

Sachgebietsleiter Bauverwaltung (SGL)

Angelika Lange

Protokollführerin

Rolf Torkel

Fachbereichsleiter III - Gemeindeentwicklung und Wirtschaftsförderung (FBL)

### Gäste

Klaus Schöpe

Dipl.-Ing., Baumbüro Schöpe, zu TOP 6

### Teilnehmer des Jugendgemeinderates (nur im öffentlichen Teil)

Eny Klaßen

Jonah Wichmann

### TAGESORDNUNG

#### A. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz am 11.03.2019
4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
5. Einwohnerfragestunde
  - 5.1. Reduzierung der Nitratbelastung in Böden

6. Bericht über Trockenschäden und Bericht zum Baumkataster  
Vorlage: 2019/FB III/3149
7. Antrag Bündnis 90/Die Grünen auf Erweiterung der Mitgliedschaft im "Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt" von einer assoziierten Mitgliedschaft auf eine Vollmitgliedschaft  
Vorlage: 2019/FB III/3091
8. Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Maßnahmen für den Klimaschutz sowie Unterstützung der Resolution Klimanotstand  
Vorlage: 2019/FB III/3092
- 8.1. Forderungskatalog #AllefürsKlima
- 8.2. Schreiben der Astrid Lindgren-Schule
9. Maßnahmenplan "Aktiv für unsere Umwelt" - Antrag der SPD-Fraktion  
Vorlage: 2019/FB III/3150
10. Antrag von Ratsmitgliedern auf Pflanzung von drei neuen standort-heimischen Bäumen in Standortnähe für jeden durch Baumpflegemaßnahmen gefälltten Baum  
Vorlage: 2019/FB III/3153
11. Antrag von Ratsmitgliedern auf Aufforstung eines gemeindeeigenen Grundstücks  
Vorlage: 2019/FB III/3154
12. Antrag von Ratsmitgliedern auf Untersuchung und Erarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Wildbienen und Solitärwespen in der Gemeinde Edeweicht"  
Vorlage: 2019/FB III/3155
13. Antrag der Fischereivereine Edeweicht e. V. und Scheps e. V. zur Anschaffung eines Belüfters für Teiche und Regenrückhaltebecken; hier: Zuschuss für Mehrkosten  
Vorlage: 2019/FB III/3158
14. Anfragen und Hinweise
15. Einwohnerfragestunde
16. Schließung der Sitzung

### **TOP 1:**

#### **Eröffnung der Sitzung**

Stellvertretende Ausschussvorsitzende (Stv. AV) Meyer-Oltmer eröffnet um 18.00 Uhr die heutige Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz und begrüßt alle Anwesenden.

### **TOP 2:**

#### **Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Stv. AV Meyer-Oltmer stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz beschlussfähig ist. Auf Wunsch RH Erhardts wird der Tagesordnungspunkt 8 aufgeteilt in 8a, 8b und 8c, um die beiden Anträge aus der Edewechter Schülerschaft separat beraten zu können. Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

### **TOP 3:**

#### **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz am 11.03.2019**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

### **TOP 4:**

#### **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Die Mitteilungen der Bürgermeisterin sind diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

### **TOP 5:**

#### **Einwohnerfragestunde**

#### **TOP 5.1:**

##### **Reduzierung der Nitratbelastung in Böden**

Ein Einwohner bietet Interessierten an, auf seinem Grundstück eine Vorrichtung zur Verringerung der Nitratbelastung durch Gülleeintrag in Böden zu besichtigen.

### **TOP 6:**

#### **Bericht über Trockenschäden und Bericht zum Baumkataster**

##### **Vorlage: 2019/FB III/3149**

Dipl.-Ing. Schöpe erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 2 zu diesem Protokoll) die Ergebnisse der Erfassungsarbeiten aus den Jahren 2018 und 2019.

Auf Fragen aus der Ausschussmitte führt er weiter aus, eine Idealverteilung von Altersgruppen könne er nicht nennen, in Edewecht sei die Verteilung jedoch sehr gut. Ein großer Prozentsatz der Bäume befände sich in der Reifephase und könne daher viel CO<sub>2</sub> speichern. Der überwiegende Teil der Edewechter Bäume befinde sich in einem guten bis sehr guten Zustand, der Anteil stark geschädigter Bäume läge bei ein bis zwei Prozent. Aus der Verteilung und den Arten dieser stark geschädigten Bäume ließe sich kein Schema ableiten, welches Rückschlüsse auf bestimmte

Standorte oder Baumarten zuließe. Oft stünden geschädigte Bäume einer Art neben gesunden Bäumen derselben Art.

Abschließend weist Dipl.-Ing. Schöpe darauf hin, auf der Seite 21 seiner Präsentation fehlten hinter den Worten „1 ha Waldfläche kann ca. 13 t CO<sub>2</sub> kompensieren“ die Worte „pro Jahr“.

- Bericht zur Kenntnis genommen -

#### **TOP 7:**

**Antrag Bündnis 90/Die Grünen auf Erweiterung der Mitgliedschaft im "Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt" von einer assoziierten Mitgliedschaft auf eine Vollmitgliedschaft**

**Vorlage: 2019/FB III/3091**

RH Erhardt verteilt zu Beginn der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt den Handzettel „Für Mensch und Natur“ (Anlage 3 zu diesem Protokoll) und erläutert sodann den vorliegenden Antrag. Bisher „bekenne“ sich die Gemeinde Edewecht nur zu den Zielen des Bündnisses, eine Vollmitgliedschaft böte den Vorteil, dass die Gemeinde Edewecht sich mit konkreten Fragen und Beratungsbedarfen zur Biodiversität an das Bündnis wenden könne.

FBL Torkel führt aus, eine Vollmitgliedschaft koste derzeit 165,00 € pro Jahr.

Sodann unterbreitet der Ausschuss dem Rat über den Verwaltungsausschuss folgenden

#### **Beschlussvorschlag:**

*Die Gemeinde Edewecht erweitert ihre Mitgliedschaft im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ von einer assoziierten Mitgliedschaft auf eine Vollmitgliedschaft.*

- einstimmig -

#### **TOP 8:**

**Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Maßnahmen für den Klimaschutz sowie Unterstützung der Resolution Klimanotstand**

**Vorlage: 2019/FB III/3092**

Unter TOP 2 wurde beschlossen, den TOP 8 aufzuteilen in TOP 8a, TOP 8b und TOP 8c.

*(Anmerkung der Verwaltung:*

*Aus programmtechnischen Gründen wurde der TOP 8 als Antragspunkt „Maßnahmen für den Klimaschutz...“ so belassen. Die beiden Anträge aus der Edewechter Schülerschaft wurden als Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 aufgenommen.)*

Zunächst erläutert RH Erhardt den vorliegenden Antrag und betont, durch die aufgeführten Forderungen solle die Entwicklung der Gemeinde Edewecht nicht gehemmt werden. Sicherlich seien auch weiterhin klimaschädliche Maßnahmen wie bspw. öffentliche Bauvorhaben unumgänglich, dafür gelte es aber, künftig Kompensationsmaßnahmen in die Planungen aufzunehmen. Hierfür wünsche sich seine Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen die Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten für die Gemeinde Edewecht.

Für die SPD-Fraktion führt RH Dr. Fittje aus, einige Aspekte des Antrages deckten sich mit den Wünschen seiner Fraktion. Andere Aspekte bewerte er dagegen als wenig sinnvoll oder bereits in der Umsetzung. Insbesondere die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dringend gewünschte Unterstützung der Resolution Klimanotstand scheine ihm keine konkreten positiven Folgen zu haben. Eine zusätzliche Stelle für den Klimaschutz werde auch von seiner Fraktion gewünscht, sie müsse seines Erachtens jedoch als Aufgabe auch die Einbeziehung von Schulen und Bevölkerung und die Punkte Umwelt und Ökologie umfassen.

RF Garlichs-Kappmeier schlägt vor, den Begriff „Klimanotstand“ durch den Begriff „Klimaherausforderung“ zu ersetzen. Darüber hinaus sieht sie die im Antrag unter Punkt c formulierte Forderung nach sofortiger Einrichtung der Stelle kritisch. Sie plädiere dafür, die Stelle in 2020 einzurichten, um mit ausreichend Vorlaufzeit die gewünschten Qualifikationen formulieren und eine geeignete Person finden zu können. Zu Punkt e des Antrages weist sie darauf hin, Sitzungen des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz fänden i. d. R. im Frühjahr und Herbst eines jeden Jahres statt, dort wären Berichte sinnvoll verortet.

RH Dirk von Aschwege unterstützt die Aussagen seiner VorrednerInnen und plädiert ausdrücklich auch für die Einrichtung einer neuen Stelle für den Klimaschutz. Die Aufgabe sei wichtig und mit vorhandenen Personalkapazitäten nicht leistbar.

An dieser Stelle führt BMin Lausch aus, Recherchen der Verwaltung hätten ergeben, dass z. B. freiberufliche Unterstützung zur Erarbeitung eines gemeindlichen Klimakonzeptes oder von Klimaprojekten akquiriert werden könne. Auf Wunsch sei ein einführer Vortrag in einer Gremiensitzung sicherlich möglich. Erfahrungen anderer Kommunen hätten gezeigt, dass dies einen umfassenden und längeren Prozess erfordere, in den bestenfalls Schulen und BürgerInnen integriert würden. Des Weiteren gebe es unter bestimmten Bedingungen Förderungen aus Bundesmitteln für entsprechende Stellen. Das komplette Rechercheergebnis werde dem Protokoll zu dieser Sitzung als Anlage (Anlage 4) beigelegt. Sie stellt klar, vom vorhandenen Personal könne diese Aufgabe nicht mehr übernommen werden. Im Übrigen stelle auch sie sich die Stelle als eine ihr direkt unterstellte Stabstelle mit Querschnittsaufgaben vor.

Grundmandatar Apitzsch stimmt namens seiner UWG-Fraktion grundsätzlich für den Antrag. Der Begriff „Klimanotstand“ werde aber auch dort kritisch gesehen, weil „Notstände“ nicht selten für eine Außerkraftsetzung geltenden Rechts und willkürliche Alleingänge genutzt würden. Von der Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten mit einer gewissen finanziellen Ausstattung solle aus bisheriger Sicht seiner Fraktion zugunsten der Umsetzung konkreter klimafreundlicher Maßnahmen abgesehen werden. Nach den von der Bürgermeisterin vorgestellten Rechercheergebnissen könne er sich ggf. eine halbe Stelle vorstellen.

Für die FDP-Fraktion kann RH Krallmann den Antrag nicht vollumfänglich unterstützen, obwohl dieser inhaltlich sinnvoll sei. Er plädiere für konkrete und umsetzbare Maßnahmen wie Blühflächen u. s. w.. Von der Schaffung der neuen Stelle erwarte er u. a. die Erarbeitung von Konzepten zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2030.

Aus Sicht RH Dr. Fittjes können die bisherigen Diskussionsbeiträge dahingehend zusammengefasst werden, dass der vorgelegte Antrag grundsätzlich einhellige Zustimmung erfährt, Detailfragen aber noch geklärt werden müssen. Er schlägt daher vor, zu beschließen, den Anregungen des Antrages als Arbeitsrichtlinie in der zukünftigen Arbeit des Rates und der Verwaltung zu folgen. Über Detailfragen und ggf. neue Ideen könne jeweils anlassbezogen weiter diskutiert werden.

RH Erhardt merkt an, der Antrag solle nicht an einzelnen Worten scheitern, die vorgeschlagene Beschlussfassung des Antrages als bloße „Richtlinie“ erscheine ihm jedoch nicht bindend genug. Er wünsche sich einen konkreten Beschluss. Darüber hinaus solle die neu zu schaffende Stelle u. a. auch zum Ziel haben, ein Klimafolgenkonzept zu erarbeiten.

RH Stefan von Aschwege bittet, auf eine förderfähige Ausgestaltung der neuen Stelle zu achten. RF Garlichs-Kappmeier fordert hingegen, den Fokus nicht auf Förderfähigkeit, sondern auf sinnvolle Inhalte zugunsten der Zukunft zu legen und heute lediglich über die Einrichtung der in Rede stehenden Stelle zu beschließen. Details könnten sodann im Nachgang geklärt werden.

BMin Lausch führt aus, die Stelle solle zum nächstmöglichen Zeitpunkt eingerichtet und besetzt werden, um die/den StelleninhaberIn sodann von Beginn an in die Erarbeitung der gewünschten Konzepte einbinden zu können. Hierfür bedürfe es in Anbetracht der anstehenden Haushaltsplanungen um eine zeitnahe Entscheidung.

RF Taeger schlägt vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeinde Edewecht nimmt den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe wahr und verfolgt die Klimaschutzziele. Für alle künftig zu beschließenden Maßnahmen werden seitens der Verwaltung die Klimaauswirkungen beschrieben und Alternativen oder Kompensationsmaßnahmen benannt. Die Verwaltung benennt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n Klimaschutzbeauftragte/n und erarbeitet zusammen mit dieser/diesem und den politischen Vertreterinnen und Vertretern ein Klimaschutzkonzept.

BMin Lausch schlägt vor, diesem Beschlussvorschlag den Satz „Der Rat der Gemeinde Edewecht erkennt die Klimaherausforderung als hohe Priorität an.“ voranzustellen.

RH Erhardt bittet darum, ggf. über weitere Details des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch weiterhin konstruktiv zu diskutieren. Diese Bitte erfährt einhellige Zustimmung.

Letztlich unterbreitet der Ausschuss dem Verwaltungsausschuss folgenden

**Beschlussvorschlag:**

*Der Rat der Gemeinde Edewecht erkennt die Klimaherausforderung als hohe Priorität an. Die Gemeinde Edewecht nimmt den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe wahr und verfolgt die Klimaschutzziele. Für alle künftig zu beschließenden Maßnahmen werden seitens der Verwaltung die Klimaauswirkungen beschrieben und Alternativen oder Kompensationsmaßnahmen benannt. Die Verwaltung benennt zum*

*nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n Klimaschutzbeauftragte/n und erarbeitet zusammen mit dieser/diesem und den politischen Vertretern ein Klimaschutzkonzept.*

- einstimmig -

### **TOP 8.1:**

#### **Forderungskatalog #AllefürsKlima**

Auf RF Garlich-Kappmeiers Vorschlag beschließt der Ausschuss einhellig, die anwesenden Schüler ihren Antrag selber vortragen zu lassen.

Ein Schüler trägt vor, aus Sicht der SchülerInnen liege sehr wohl ein Klimanotstand vor, der auch die Gemeinde Edewecht zwingt, endlich zu handeln. Sie, die Schülerinnen, müssten in Zukunft unter Verhältnissen leben, über die aktuell entschieden werde. Das Baumgutachten für die Gemeinde Edewecht sehe zwar gut aus, in der Gesamtbetrachtung liege die CO<sub>2</sub>-Bilanz jedoch deutlich im Minus. Gewünscht werde bspw. ein Umdenken in Bezug auf insektenfreundliche Grün- und Blühflächen, Streuobstwiesen, einen hohen Artenreichtum an Bäumen, rücksichtsvolles Mähen und die Verwendung von Recyclingpapier in Behörden und Schulen. Sicherlich gebe es bzgl. des Recyclingpapiers teilweise Probleme mit der zugehörigen Technik, dafür ließen sich jedoch Lösungen finden. Nicht zuletzt erwarte die Schülerschaft von der Gemeinde, sich bei den zuständigen Behörden für einen kostenlosen ÖPNV für SchülerInnen einzusetzen. Das Thema Klimaschutz sei hochkomplex und fordere auch in der weiteren Zukunft immer wieder entsprechende Maßnahmen. Die Einrichtung der Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten werde daher als überaus wichtig empfunden.

RF Garlichs-Kappmeier weist darauf hin, seitens des Landkreises und des Landes Niedersachsen werde derzeit an der Umsetzung günstigerer ÖPNV-Tickets für SchülerInnen und Azubis gearbeitet.

RH Erhardt weist unter Bezug auf den Antrag aus der Schülerschaft warnend darauf hin, die Wichtigkeit des Erhalts von Arbeitsplätzen unter die Wichtigkeit des Klimaschutzes stellen zu wollen, führe nach seiner Erfahrung zu hochkomplexen und emotionalen Reaktionen.

RF Taeger stimmt den Ausführungen RH Erhardt grds. zu, macht aber Mut, auch in dieser Beziehung nicht klein beizugeben. Sicherlich könnten durch geänderte Technologien Arbeitsplätze an anderer Stelle wieder geschaffen werden. Zu den den ÖPNV betreffenden Forderungen führt sie aus, nach eigenen Berechnungen seien Fahrten zur Schule mit dem eigenen Kraftfahrzeug, zumindest bei Einzelfahrten, grds. teurer als Fahrten mit dem heute noch kostenpflichtigen ÖPNV. Darüber hinaus seien einige der geforderten Punkte wie z. B. Blühflächen für Insekten seit Jahren Thema und teilweise auch bereits in der Umsetzung, selbstverständlich gebe es aber auch hier immer noch Verbesserungspotenzial. Insgesamt sehe sie den vorliegenden Antrag als Teil des Arbeitsauftrags für die/den zukünftige/n Klimaschutzbeauftragte/n.

Letztlich unterbreitet der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz dem Verwaltungsausschuss folgenden

### **Beschlussvorschlag:**

*Der vorliegende Antrag wird Teil des Arbeitsauftrags für die/den zukünftige/n Klimaschutzbeauftragte/n.*

- einstimmig -

### **TOP 8.2:**

#### **Schreiben der Astrid Lindgren-Schule**

Auf Wunsch des Ausschusses wird stellvertretend für die z. T. anwesenden Schülerinnen der Astrid Lindgren-Schule die Schulleiterin, Frau Behrens, gebeten, den Antrag kurz zu erläutern. Frau Behrens führt aus, ihre SchülerInnen hätten sich vorrangig Gedanken zu Energieeinsparungsmöglichkeiten gemacht und dabei festgestellt, dass verschiedene Geräte der Astrid Lindgren-Schule aufgrund ihres Alters einen sehr hohen Stromverbrauch haben. Wünschenswert sei deshalb, diese Geräte gegen energieeffizientere auszutauschen. Daneben sei negativ aufgefallen, dass Eingangstüren für gehandicapte SchülerInnen stets offen stehen müssten, weil für diese SchülerInnen sonst ein eigenständiger Zutritt zum Gebäude nicht möglich sei, und dadurch wertvolle Wärme nach außen entweiche.

Hierzu führt FBL Torkel aus, die Eingangstür zur Mensa verfüge über die gewünschte Technik, auch von Menschen mit Handicap geöffnet werden zu können. Hier bedürfe es offensichtlich nur einer optimierten Systemeinstellung. Die Haupteingangstür sei dagegen nicht für solche Zwecke ausgerüstet und müsse ggf. auch aufgrund ihres Alters grundsätzlich ausgetauscht werden. Hier gelte es zunächst, die Kosten zu ermitteln.

BMin Lausch führt aus, die Kostenermittlungen für die vorgenannten Punkte würden von den zuständigen Fachbereichen vorbereitet und in der nächsten Sitzung des Schulausschusses vorgestellt.

- zur Kenntnis genommen -

### **TOP 9:**

#### **Maßnahmenplan "Aktiv für unsere Umwelt" - Antrag der SPD-Fraktion**

**Vorlage: 2019/FB III/3150**

RH Dr. Fittje erläutert zunächst den Antrag und weist darauf hin, bei den vom NABU angeregten Vorgehensweisen handele es sich um Maßnahmen, die keine hohen Kosten verursachten, sie sollten daher als Grundlage für künftiges Handeln angesehen werden.

RF Garlichs-Kappmeier sieht die Behandlung der vorgestellten Forderungen grundsätzlich im Arbeitskreis Freiraumkonzept verortet. Die Forderung nach der Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten sei bereits abschließend beraten und eine Baumschutzsatzung könne dazu führen, dass Eigentümer von erhaltenswerten Bäumen vor Inkrafttreten einer solchen Satzung verstärkt Bäume fällen.

Hierzu führt RH Dr. Fittje aus, die Thematiken seien tatsächlich bereits im Arbeitskreis Freiraumkonzept behandelt worden, leider mangle es an konkreten Umsetzungen.

Auf RH Erhardt Vorschlag wird Dipl.-Ing. Schöpe einhellig gebeten, seine Ansicht zu Baumschutzsatzungen vorzutragen.

Dipl.-Ing. Schöpe führt aus, seiner Ansicht nach wirkten sich Baumschutzsatzungen vorteilhaft aus, weil daraus Handhaben für gewisse notwendige Maßnahmen ermöglicht würden. Sicherlich komme es vor, dass vor Inkrafttreten entsprechender Regelungen zunächst vermehrt Bäume gefällt würden, jedoch nach seiner Erfahrung nicht in kritischem Ausmaß. Er würde eine Baumschutzsatzung befürworten.

RH Erhardt gibt zu bedenken, bei Bestehen einer Baumschutzsatzung hätten bspw. der Kreisel zwischen Edewecht und Jeddelloh I oder die Zufahrt zur neuen Feuerwehr in Friedrichsfehn/Kleefeld aufgrund schützenswerter Bäume so nicht umgesetzt werden können. Auf RH Dr. Fittjes Anmerkung, in Einzelfällen müsse abgewogen werden, erwidert RH Erhardt, eine solche Abwägung stände dann auch BürgerInnen zu, womit eine Baumschutzsatzung zu einem gewissen Teil wieder ausgehebelt werden könne. Sicherlich hätte aber eine Baumschutzsatzung in der Vergangenheit den bedauerlichen Verlust einiger wertvoller Bäume verhindern können. Er schlägt vor, die Themen Baumschutzsatzung, Hecken und Bäume zunächst im Arbeitskreis Freiraumkonzept zu behandeln.

Grundmandatar Apitzsch unterstützt den Antrag in fast allen Punkten, weil der Wille dazu bereits Konsens sei. Eine durchaus zu begrüßende Baumschutzsatzung sei dagegen bisher noch nicht thematisiert worden. Zum Punkt 8 des Antrages zeigt er sich irritiert, dass eine solche Eingrünung für das neue Gewerbegebiet in Friedrichsfehn ausdrücklich nicht gewünscht worden sei.

RF Taeger stellt klar, für das Gewerbegebiet in Friedrichsfehn gebe es für die östliche und nördliche Seite sehr wohl Anpflanzgebote, was eine Eingrünung bedeute. An der westlichen Seite gebe es im Übrigen schon eine Anpflanzung, die aufgrund der für eine mögliche TenneT-Trasse vorgehaltenen Fläche derzeit leider nicht erweitert werden könne. Die im Antrag geforderte Eingrünung des Industriegebietes in Edewecht beruhe auf einem bereits gefassten Beschluss, der nun mit Nachdruck und Fristsetzungen umgesetzt werden solle. RF Taeger signalisiert, solle ein Punkt des Antrages nicht mehrheitsfähig sein, könne der entsprechende Punkt von der Beschlussfassung ausgenommen werden. Sie plädiere aber noch einmal für eine Baumschutzsatzung und gehe nicht davon aus, dass dadurch massenweise Fällungen ausgelöst würden. Im Übrigen werbe sie dafür, die Punkte des Antrages zu Hecken und Bäumen heute dem Grunde nach zu beschließen, ohne konkrete Orte zu benennen und verwaltungsseits regelmäßig über Fortschritte zu unterrichten.

Auf RH Dirk von Aschweges Nachfrage führt RH Dr. Fittje noch einmal aus, auch die Punkte 4 und 5 des Antrages seien bereits im Arbeitskreis Freiraumkonzept behandelt, jedoch nicht umgesetzt worden. Die Aufnahme in den vorliegenden Antrag solle erreichen, dass nun tatsächlich Taten folgten. Er würde in diesem Zusammenhang gerne erfahren, wie viele Bäume durch die zurückliegenden Stürme zerstört worden und welche Ersatzanpflanzungen geschehen seien.

BMin Lausch weist darauf hin, werde zeitnah die Ersatzanpflanzung von Bäumen beschlossen, könne dies noch in die Planungen für das IJGD-Workcamp im Herbst 2020 aufgenommen und sodann gemeinsam mit dem Bauhof umgesetzt werden.

Auf RH Dirk von Aschweges Nachfrage führt FBL Torkel aus, tatsächlich seien gewisse ursprüngliche Eingrünungsgebote aus den 1980er Jahren für das Industriegebiet in Edewecht vom zuständigen Landkreis nicht konsequent eingefordert worden. Zwischenzeitlich seien die Verhältnisse innerhalb des Industriegebietes so verändert, dass eine jetzige Umsetzung der seinerzeitigen Gebote kaum noch möglich sei.

RF Taeger fordert nach diesen Ausführungen, unbedingt auf die äußere Eingrünung des Industriegebietes zu drängen.

RH Dirk von Aschwege schlägt an dieser Stelle vor, den Punkt 1 des Antrages aufgrund der Beschlussfassung zu TOP 8 dieser Sitzung von einer Beschlussfassung auszunehmen und die Punkte 2, 4 und 5 vor einer Beschlussfassung noch eingehender zu diskutieren. Über die Punkte 3, 6, 7, 8 und 9 solle heute entschieden werden. In diesem Zusammenhang regt er unterstützt von RF Taeger an, zeitnah eine weitere Sitzung des Arbeitskreises Freiraumkonzept anzuberaumen.

Auf Grundmandatar Apitzsch's Nachfrage führt FBL Torkel aus, für die ca. 80 durch Stürme zerstörten Bäume seien bis jetzt etwa die Hälfte der Bäume nachgepflanzt worden. Für weitere Ersatzpflanzungen müssten noch geeignete Stellen gefunden werden. Im morgigen Straßen- und Wegeausschuss werde diese Thematik auch noch einmal behandelt. Grundmandatar Apitzsch wünscht, Nachpflanzungen möglichst noch in 2019 auszuführen.

Sodann formuliert stv. AV Meyer-Oltmer folgenden Beschlussvorschlag:

Die Punkte 2, 4 und 5 des vorliegenden Antrages werden an den Arbeitskreis Freiraumkonzept verwiesen. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Punkte 3, 6, 7, 8 und 9 des vorliegenden Antrages und der zeitnahen Anberaumung einer weiteren Sitzung des Arbeitskreises Freiraumkonzept beauftragt.

Sodann unterbreitet der Ausschuss dem VA folgenden

**Beschlussvorschlag:**

*Die Punkte 2, 4 und 5 des vorliegenden Antrages werden an den Arbeitskreis Freiraumkonzept verwiesen. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Punkte 3, 6, 7, 8 und 9 des vorliegenden Antrages und der zeitnahen Anberaumung einer weiteren Sitzung des Arbeitskreises Freiraumkonzept beauftragt.*

- einstimmig -

**TOP 10:**

**Antrag von Ratsmitgliedern auf Pflanzung von drei neuen standort-heimischen Bäumen in Standortnähe für jeden durch Baumpflegemaßnahmen gefälltten Baum**

**Vorlage: 2019/FB III/3153**

RH Dr. Fittje gibt den Hinweis eines Edewechter Baumschulisten weiter, bei Ersatzanpflanzungen solle darauf geachtet werden, Bäume auszuwählen, die mit den Klimaveränderungen besser zurecht kämen als die geschädigten Bäume.

Nach Erläuterung des Antrages durch RH Dirk von Aschwege entgegnet RH Erhardt auf RH Dr. Fittjes Ausführungen, in Siedlungsbereichen sei eine breit gefächerte Auswahl von Bäumen sicher sinnvoll, in Außenbereichen sollten dagegen ausschließlich standortheimische Arten angepflanzt werden, weil eine übermäßige Anpflanzung zwar klimaresistenterer aber standortfremder Arten u. a. unvorhersehbare Schädlingsprobleme nach sich ziehen könne. Er bitte, hierüber noch einmal intensiv zu diskutieren.

Sodann unterbreitet der Ausschuss dem VA den im Antrag formulierten

**Beschlussvorschlag:**

*Für jeden durch Baumpflegearbeiten gefälltten Baum werden drei neue standortheimische Bäume in Standortnähe angepflanzt.*

- einstimmig -

**TOP 11:**

**Antrag von Ratsmitgliedern auf Aufforstung eines gemeindeeigenen Grundstücks**

**Vorlage: 2019/FB III/3154**

Zum vorliegenden Antrag gibt RH Erhardt zu bedenken, die in Rede stehende Fläche sei aufgrund des dortigen Mooraufkommens für eine Wiederaufforstung nicht geeignet.

RH Dr. Fittje führt aus, das hintere Drittel der Fläche habe tatsächlich noch eine Torfauflage, die beiden vorderen Drittel dagegen nicht mehr. Er plädiere insbesondere unter Verweis auf die nachbarlich mit Maisanpflanzungen und Weidebetrieb intensiv genutzten Flächen auf eine flächige Aufforstung im vorderen Drittel, eine lockere Aufforstung im mittleren und einen Verzicht auf Aufforstung im hinteren Drittel, zumal dort Wiesenvögel und Bodenbrüter heimisch seien. In diesem Zusammenhang bittet er die Verwaltung, für den Erhalt der auf dieser Fläche noch vorhandenen drei Eichen und des Wegeareals zu sorgen. Künftige Anpflanzungen mit heimischen Gehölzen bittet er zudem nicht einzuzäunen, da heimische Arten Wildverbiss vertragen.

FBL Torkel erläutert, die Fläche sei derzeit bis zum 31.10.2019 verpachtet und könne somit zum 01.11.2019 der Gemeinde für die gewünschten Zwecke zur Verfügung stehen. Der Landkreis präferiere im Übrigen insbesondere eine Bepflanzung im hinteren Drittel der Fläche. Hierzu müssten demnach noch weitere Gespräche geführt werden.

Stv. AV Meyer-Oltmer formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

Die Fläche 82/2 wird als Waldfläche der Natur zurückgegeben. Die Bepflanzung der Fläche wird mit heimischen Bäumen erfolgen und aus Mitteln der 20.000 € für Naturschutzprojekte finanziert. Im Jahr 2019 werden Mittel in Höhe von max. 7.500 € für dieses Projekt freigegeben. In den folgenden Jahren können weitere Bäume auf dieser Fläche gepflanzt werden. Die Bepflanzung soll im vorderen Drittel flächig und im mittleren Drittel locker ausgeführt werden. Das hintere Drittel wird für Wiesenvögel und Bodenbrüter brach liegen gelassen. Sollten seitens des Landkreises hiergegen Einwände erhoben werden, ist hierüber erneut zu beraten.

Sodann unterbreitet der Ausschuss dem VA folgenden

**Beschlussvorschlag:**

*Die Fläche 82/2 wird als Waldfläche der Natur zurückgegeben. Die Bepflanzung der Fläche wird mit heimischen Bäumen erfolgen und aus Mitteln der 20.000 € für Naturschutzprojekte finanziert. Im Jahr 2019 werden Mittel in Höhe von max. 7.500 € für dieses Projekt freigegeben. In den folgenden Jahren können weitere Bäume auf dieser Fläche gepflanzt werden. Die Bepflanzung soll im vorderen Drittel flächig und im mittleren Drittel locker ausgeführt werden, Das hinter Drittel wird für Wiesenvögel und Bodenbrüter brach liegen gelassen. Sollten seitens des Landkreises hiergegen Einwände erhoben werden, ist hierüber erneut zu beraten.*

- einstimmig -

**TOP 12:**

**Antrag von Ratsmitglieder auf Untersuchung und Erarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Wildbienen und Solitärwespen in der Gemeinde Edewecht"**

**Vorlage: 2019/FB III/3155**

RH Erhardt unterstützt namens seiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich diesen Antrag. Er schlägt vor, in Friedrichsfehn geeignete Stellen für die Sammlung von Erkenntnissen über die derzeitige Artenvielfalt zu finden und mit dieser Aufgabe einen Friedrichsfehner Bienen- und Wespenexperten zu beauftragen, der in diesem Zuge auch Vorschläge für künftige Vorgehensweisen erarbeiten könne. Die Kosten dafür schätzt er auf ca. 5.000 €.

Sodann unterbreitet der Ausschuss dem VA folgenden

**Beschlussvorschlag:**

*Ein Friedrichsfehner Bienen- und Wespenexperte wird beauftragt, in Friedrichsfehn an geeigneten Stellen Erkenntnisse über die Artenvielfalt der Insekten zu sammeln und der Gemeinde Edewecht sodann in einem Gutachten Vorschläge für künftige Vorgehensweisen zu unterbreiten. Hierfür sind Kosten in Höhe von 5.000 € zu veranschlagen.*

- einstimmig -

**TOP 13:**

**Antrag der Fischereivereine Edewecht e. V. und Scheps e. V. zur Anschaffung eines Belüfters für Teiche und Regenrückhaltebecken; hier: Zuschuss für Mehrkosten**

**Vorlage: 2019/FB III/3158**

Nach Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Torkel regt RH Stefan von Aschwege an, mit einem etwas erhöhten finanziellen Aufwand feste Stromanschlüsse zu schaffen. Notstromaggregate müssten in sensiblen Bereichen mit Benzin oder Diesel betrieben werden, was einen hohen Aufwand zur Vermeidung von Umweltverschmutzungen erfordere, und verursachten zudem viel Lärm.

Zu dieser Thematik erteilt der Ausschuss auf FBL Torkels Vorschlag einhellig dem im Zuhörerbereich anwesenden Gewässerwart des Fischereivereins Edeweicht e. V., Herrn Röben, das Wort. Dieser führt aus, in gewissen Bereichen sei aufgrund der räumlichen Nähe eine Stromabnahme von Straßenlaternen möglich, sofern diese in dem Moment in Betrieb seien. Viele Gewässer lägen jedoch abseits solcher Möglichkeiten. Es wurde jedoch nach intensiver Beratung ein Gerät angeschafft, das einerseits eine gute Wirkung und andererseits eine sehr geringe Lärmemission (leiser als ein Staubsauger) habe. Zudem könne es mit Propangas betrieben werden. Derzeit sei mit einem deutlich größeren Eingriff in Natur und Umwelt eine solche Notsituation nur mit Hilfe der Feuerwehr zu bewältigen.

RH Stefan von Aschwege schlägt vor, Stromanschlüsse an Wehren und Notfallpumpen für feste Stromanschlüsse zu nutzen und durch den Verein die notwendigen Erdverkabelungen in Eigenleistung zu erbringen. Diesen Vorschlag fasst Gewässerwart Röben für mögliche Areale positiv auf.

RF Garlichs-Kappmeier schlägt vor, der vorgelegten Beschlussempfehlung zu folgen und die in dieser Diskussion aufgeworfenen weiteren Lösungsansätze in einer gesonderten Beratung weiter zu diskutieren.

Stv. AV Meyer-Oltmer schlägt vor, dem Beschlussvorschlag des Antrages folgenden Satz anzufügen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit fester Stromanschlüsse zu prüfen.

Sodann unterbreitet der Ausschuss dem VA folgenden

**Beschlussvorschlag:**

*Den Fischereivereinen Edeweicht e. V. und Scheps e. V. werden die Mehrkosten für die Beschaffung von zwei Entwässerungsbelüftern in Höhe von 785,81 € aus Mitteln der Lokalen Agenda erstattet.*

*Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt anhand des Nachweises der verauslagten Kosten.*

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit fester Stromanschlüsse zu prüfen.*

- einstimmig -

**TOP 14:**  
**Anfragen und Hinweise**

Keine.

**TOP 15:**  
**Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

**TOP 16:**  
**Schließung der Sitzung**

Stv. AV Meyer-Oltmer schließt die heutige Sitzung um 20.29 Uhr.

Kirsten Meyer-Oltmer  
Stv. Ausschussvorsitzende

Petra Lausch  
Bürgermeisterin

Angelika Lange  
Protokollführerin